

ALLGEMEINES

Kritik an geplanter Abschaffung des Menschenrechtsinstituts. Mit Unverständnis begegnet die Vereinte Evangelische Mission (VEM) der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion befürworteten Abschaffung des im Jahr 2001 gegründeten Instituts für Menschenrechte in Berlin. Es stehe zu befürchten, dass durch eine Auflösung des Instituts auch die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, die sich für Menschenrechte in anderen Ländern einsetzen, geschwächt würde. Wünschenswert sei vielmehr eine gesetzliche Grundlage, die den A-Status der Einrichtung bei den Vereinten Nationen sichere, damit die Auseinandersetzung mit Menschenrechtsthemen in aller Welt fortgeführt werden könne. Auch das FORUM MENSCHENRECHTE, ein Netzwerk von mehr als 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen, reagierte mit Bestürzung auf das Vorhaben der CDU/CSU. Der bei der Gründung des Instituts hergestellte Konsens, dass die Menschenrechte sowohl innenpolitische wie auch außenpolitische Belange berührten, dürfe nicht infrage gestellt werden. *Quelle: Pressemitteilung der VEM vom 17.12.2014*

Mediathek zum Thema Rassismus. Die Vielfalt-Mediathek des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e.V. in Düsseldorf verfügt über mehr als 2 000 Medien und Lehrmaterialien, die im Rahmen unterschiedlicher Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus erstellt wurden. Darüber hinaus finden sich hier Medien zur Migration und Migrationsgeschichte, zum interkulturellen Lernen und zur Demokratieerziehung. Berichte von Veranstaltungen, Projektdokumentationen, Unterrichtsmaterialien, Musik-CDs, Filme und vieles andere mehr können per Online-Bestellung für 14 Tage kostenlos ausgeliehen werden. Einige Publikationen stehen auch zum Download bereit. *Quelle: Pressemitteilung des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e.V. vom 20.11.2014*

Inklusion – Chance und Herausforderung für Kommunen. Hrsg. Jürgen Hartwig und Dirk Willem Kronenberg. Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2014, 171 S., EUR 19,80 *DZI-E-1048* Für die Umsetzung der in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) geforderten „inklusiven Gesellschaft“ bedarf es koordinierter Anstrengungen in Politik und Gesellschaft. Die dahingehenden Anforderungen an die Kommunen waren Thema des in dieser Tagungsbroschüre dokumentierten „Forums Inklusion“, das im Februar dieses Jahres in Bremen stattfand. Erläutert werden die konkreten Vorgaben der in Deutschland im Jahr 2009 in Kraft getretenen UN-BRK, Ansätze zur Entwicklung eines barrierefreien Gemeinwesens und die Gestaltungsmög-

lichkeiten des lokalen Sozialmanagements. Einige Praxisbeispiele vermitteln Impulse für die Implementierung inklusiver Strukturen, wobei auch Ansätze aus den Niederlanden und aus Österreich zur Sprache kommen. Darüber hinaus finden sich hier der Wortlaut des relevanten deutschen Gesetzestextes und Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zur Schaffung diskriminierungsfreier Sozialräume. Bestellanschrift: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

Studie des Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma. Zum Thema „Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit – Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation“ hat das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma eine wissenschaftliche Studie veröffentlicht. Diese richtet sich gegen stereotypisierende und diskriminierende Darstellungen von Angehörigen der Sinti und Roma in den Medien. Das Ziel besteht darin, die häufig subtilen und unbewussten Wirkungsweisen des Antiziganismus ans Licht zu bringen, um damit bei Verantwortlichen im Medienbereich einen Reflexionsprozess anzustoßen. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fordert einen jährlichen Bericht, der im Bundestag vorgestellt werden soll. *Quelle: Städtetag aktuell 10.2014*

SOZIALES

Arbeitslosengeld trotz stufenweiser Wiedereingliederung. Gemäß einem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 17.12.2013 werden die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld durch die Inanspruchnahme einer stufenweisen Wiedereingliederung nicht aufgehoben. Der Kläger hatte nach einem längerfristigen Erhalt von Krankengeld eine unentgeltliche Tätigkeit im Rahmen einer stufenweisen Wiedereingliederung nach § 28 SGB IX aufgenommen, woraufhin die Bundesagentur für Arbeit die Bewilligung von Arbeitslosengeld vollständig zurücknahm. Das BSG argumentierte, dass bei einer stufenweisen Wiedereingliederung rehabilitative Zwecke im Vordergrund stünden und die typische Leistungsbeziehung „Arbeit gegen Lohn“ nicht gegeben sei. Insofern bestehe weiterhin der Sachverhalt einer Beschäftigungslosigkeit. *Quelle: Reha-Info 6.2014*

Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik. Inklusion statt Hartz IV. Hrsg. Sozialverband Deutschland e.V. Selbstverlag. Berlin 2014, 42 S., kostenlos *DZI-E-1035* Zehn Jahre nach Einführung der Hartz-IV-Gesetze präsentiert der Sozialverband Deutschland (SoVD) das in dieser Broschüre vorgestellte Konzept einer inklusiven Arbeitsmarktpolitik. Die Kritik des SoVD gilt vor allem der Kürzung der Transferleistungen und der Ausweitung

prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Erforderlich seien Maßnahmen zur Vermeidung von Erwerbslosigkeit, zur Bekämpfung des Niedriglohnssektors, zur Förderung der Altersteilzeit und zur Weiterentwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung. Zudem bedürfe es einer Reform des Arbeitslosengeldes, einer nachhaltigen Integration langzeitarbeitsloser, benachteiligter und behinderter Menschen, einer Verbesserung der Qualifizierungsmöglichkeiten und ressourcenorientierter Hilfen für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Bestellanschrift: Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22-0, Internet: www.sovd.de

Höhere Hartz-IV-Sätze. Zu Beginn dieses Jahres hat sich das Arbeitslosengeld II um gut zwei Prozent erhöht. Der Regelsatz für Alleinstehende ist um acht Euro gestiegen und liegt nun bei 399 Euro pro Monat. Erwachsene in Bedarfsgemeinschaft erhalten mit jeweils 360 Euro sieben Euro mehr als bisher. Für Kinder und Jugendliche liegen die aktuellen Sätze abhängig vom Lebensalter bei 234 Euro für die Gruppe der 0- bis 5-Jährigen, 267 Euro für die 6- bis 13-Jährigen, 302 Euro für die 14- bis 18-Jährigen und 320 Euro für die 18- bis 24-Jährigen. Die jährliche Anpassung ist gesetzlich vorgeschrieben und orientiert sich zu 70 % an der Preissteigerung und zu 30 % an der Lohnentwicklung. *Quelle: SoVD-Zeitung Januar 2015*

Informationsheft Wohnen. Hrsg. Verband alleinerziehender Mütter und Väter – Landesverband Berlin e.V. Selbstverlag. Berlin 2014, 39 S., kostenlos *DZI-E-1042* Angesichts der vor allem in einigen Großstädten zu beobachtenden Mietpreiserhöhungen gestaltet sich die Wohnungssuche für Menschen mit einem geringen Einkommen zunehmend schwierig. Dies betrifft unter anderem auch alleinerziehende Mütter und Väter in Berlin, deren Situation auf dem Wohnungsmarkt anhand einiger Erfahrungsberichte geschildert wird. Neben der Darstellung eines generationenübergreifenden Frauenwohnprojekts bietet die Broschüre Hinweise zum Genossenschaftswohnen, nützliche Links, Tipps zur Wohnungssuche nach einer Trennung sowie Informationen zum Wohnberechtigungsschein, zum Wohngeld und zu den in den Sozialgesetzbüchern II und XII geregelten Leistungen für die Unterkunft und die Heizung. Weitere Ausführungen nehmen Stellung zu Fragen der Besteuerung, zum Elterngeld Plus und zu der Forderung nach bundeseinheitlichen Qualitätsstandards für Kindertagesstätten. Das Informationsheft steht auf der Internetseite des herausgebenden Verbandes zum Download. Bestellanschrift: Verband alleinerziehender Mütter und Väter – Landesverband Berlin e.V., Seelingstraße 13, 14059 Berlin, Tel.: 030/851 51 20, Internet: www.vamv-berlin.de

GESUNDHEIT

Warnung vor Alkoholmissbrauch. Nach Auffassung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung zählt der Alkoholmissbrauch zu den gravierendsten gesellschaftlichen Problemen in Deutschland. Obwohl die Präventionsarbeit in der Gruppe der 12- bis 17-Jährigen Erfolge gezeitigt habe, seien Phänomene wie das „Komasaufen“ bei den 18- bis 25-Jährigen nach wie vor weit verbreitet. Insgesamt lebten hierzulande 2,6 Mio. Kinder in sogenannten Suchtfamilien, in denen regelmäßig Drogen wie vor allem Alkohol konsumiert würden. Schwerwiegend seien insbesondere die Folgen von Alkoholmissbrauch in der Schwangerschaft, der zu einem fetalen Alkoholsyndrom (FAS) bei den Kindern führen könne. Hiervon betroffen seien jährlich 2 000 Kinder. Bei 10 000 Kindern ließen sich einzelne Anzeichen eines FAS beobachten. Die Schädigungen durch ein FAS sind irreversibel und bleiben ein Leben lang. Laut Informationen des Bundesgesundheitsministeriums sterben in Deutschland jedes Jahr mindestens 74 000 Menschen an den Folgen von Alkohol. *Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 651, 17.12.2014*

Ver.di kritisiert das GKV-Finanzreformgesetz. Die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) äußerte Kritik an dem zum 1.1.2015 in Kraft getretenen GKV-Finanzreformgesetz, mit dem der Preiswettbewerb unter den gesetzlichen Krankenkassen forciert werde. Zwar seien diese bestrebt, den durch die Neuregelung ermöglichten kassenindividuellen Zusatzbeitrag so gering wie möglich zu halten, jedoch bleibe abzuwarten, inwiefern dies mit Leistungskürzungen einhergehe. Durch die Reform wurde der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5 % auf 14,5 % herabgesetzt. Ver.di empfiehlt den Versicherten, Ruhe zu bewahren und vor einem möglichen Wechsel das Angebot ihrer mit dem anderer Krankenkassen zu vergleichen. *Quelle: Medieninformation der Vereinigten Dienstleistungsgesellschaft ver.di vom 5.1.2015*

Studie zum Nachtdienst im Krankenhaus. Auf der Tagung „Die Nacht in deutschen Krankenhäusern“, die am 21.11.2014 an der Universität Witten/Herdecke stattfand, wurden die Ergebnisse der Studie „Nachts im Krankenhaus“ diskutiert, die anschließend an eine Befragung in den Jahren 1986 bis 1989 im Zeitraum 2010 bis 2013 nun zum zweiten Mal durchgeführt wurde. Dabei zeigte sich, dass inzwischen weniger Patientinnen und Patienten von einer Pflegekraft betreut werden und die Anzahl der „Dauernachtwachen“ gesunken ist. Festgestellt wurde auch ein höheres Durchschnittsalter der Pflegenden, eine Zunahme von Patientinnen und Patienten mit einer Demenz und ein Anstieg freizeitsentziehender Maßnahmen. Immer noch arbeiteten 72 % der Pflegenden in der Nacht allein. Da es wichtig sei, in Krisensituationen kompetente Entscheidungen

zu treffen, müsse die Nachtarbeit von besonders qualifizierten Pflegenden übernommen werden. Nähere Hinweise zu der Studie sind im Internet unter www.uni-wh.de (Suchwort: Nachts im Krankenhaus) einsehbar.
Quelle: das Krankenhaus 12/2014

Neue Einkommensgrenzen für die Härtefallregelung beim Zahnersatz. Die Verdienstgrenzen für eine Befreiung vom Eigenanteil für Zahnersatz haben sich zum 1.1.2015 verändert und liegen nun bei 1134 Euro monatlich statt der vorherigen 1106 für Einzelversicherte und bei 1 559,25 Euro, wenn unterhaltsberechtigte Angehörige berücksichtigt werden müssen. Der Eigenanteil für Zahnersatz liegt zwischen 35 und 50 %. Vor Beginn der Behandlung muss die Krankenkasse den Heil- und Kostenplan genehmigen. *Quelle: SoVD-Zeitung Januar 2015*

JUGEND UND FAMILIE

AGJ fordert bessere Medienbildung und Kindertagesbetreuung. Um den Bedürfnissen und Rechten junger Menschen entgegenzukommen, spricht sich die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) in zwei im Dezember 2014 verabschiedeten Positionspapieren dafür aus, die Befähigung zu einer kompetenten Nutzung digitaler Medien stärker in der Kinder- und Jugendhilfe zu verankern und die Qualität der frühkindlichen Erziehung, Bildung und Betreuung zu erhöhen. Für Letzteres bedürfe es neben kindgerechter Betreuungszeiten einer angemessenen Personalausstattung und Qualifizierung sowie einer kompetenten Leitung von Kindertageseinrichtungen. Wichtig seien in dieser Hinsicht auch ein Ausbau der Kindertagespflege, eine bessere Fachberatung und eine gute Zusammenarbeit zwischen Fachkräften und Eltern. Die beiden Positionspapiere können unter www.agj.de im Internet abgerufen werden. *Quelle: Presseinformation der AGJ vom 19.12.2014*

Empfehlungen zum „8a-Verfahren“ nach dem Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes. Eine Orientierung für die Allgemeinen Sozialen Dienste und Jugendämter. Hrsg. AFET Bundesverband für Erziehungshilfe. Selbstverlag. Hannover 2014, 58 S., EUR 9,50 *DZI-E-1023*

Da sich der im Jahr 2005 in das Sozialgesetzbuch VIII eingefügte § 8a zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung in der Praxis als unzureichend erwies, wurde im Jahr 2012 das Bundeskinderschutzgesetz erlassen, um das Wohl von Kindern und Jugendlichen und deren Entwicklung besser zu fördern. In dieser Arbeitshilfe werden die bisherigen Erfahrungen ausgewertet und zusammengefasst. Die Handreichung gibt Empfehlungen zur Realisierung des „8a-Verfahrens“ und geht der Frage nach, über welche Kompetenzen die zuständigen Fachkräfte verfügen sollten. Im Blickfeld stehen insbe-

5.3.2015 Frankfurt am Main. Fachtagung „Alle(s) drin!“ – Vielfalt, Verschiedenheit und Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit. Information: Frankfurt University of Applied Sciences, Fachbereich 4: Soziale Arbeit und Gesundheit, Prof. Dr. Bettina Bretländer, Tel.: 069/15 33-28 59, E-Mail: bretlaen@fb4.fra-uas.de

18.-19.3.2015 Berlin. 101. Wissenschaftliche Jahrestagung des Bundesverbandes für Stationäre Suchtkrankenhilfe: Wie evidenzbasiert kann ganzheitliche Therapie sein? Information: Bundesverband für Stationäre Suchtkrankenhilfe, Wilhelmshöher Allee 273, 34131 Kassel, Tel.: 05 61/77 93 51, E-Mail: buss@suchthilfe.de

24.-26.3.2015 Nürnberg. Altenpflege 2015 – Leitmesse der Pflegewirtschaft. Information: Fachausstellungen Heckmann GmbH, Messegelände, Europaallee, Bürohaus 7, 30521 Hannover, Tel.: 05 11/89 30 40-0, E-Mail: info@fh.messe.de

12.-14.4.2015 Berlin. Bundeskongress des Bundesverbandes evangelische Behindertenhilfe: Personenzentrierung und Sozialraumorientierung – Widerspruch oder notwendige Ergänzung? Auf dem Weg zum Bundesteilhabegesetz. Information: Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V., Invalidenstraße 29, 10115 Berlin, Tel.: 030/830 01-270, Internet: www.beb-ev.de

15.-17.4.2015 Berlin. Fachveranstaltung: Interkulturelle Kompetenz für die Arbeit mit straffälligen jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützrodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36-41, E-Mail: info@dvjj.de

16.-17.4.2015 Magdeburg. 9. Kongress der Sozialwirtschaft. Information: Kongress der Sozialwirtschaft, Herr Rojahn, Postfach 87 03 29, 13162 Berlin, Tel.: 030/55 87 46 30, E-Mail: rojahn@sozkon.de

23.4.2015 Köln. JuraHealth Congress: Demenz. Verstehen, unterstützen, professionell handeln. Information: PWG-Seminare, Saliering 48, 50677 Köln, Tel.: 02 21/ 95 15 84-0, E-Mail: info@pwg-seminare.de

24.4.2015 Potsdam. Fachtag: Autonomie und Mündigkeit in der Sozialen Arbeit. Information: Prof. Dr. Heiko Kleve, Fachhochschule Potsdam, Fachbereich Sozialwesen, Friedrich-Ebert-Straße 4, 14467 Potsdam, E-Mail: fachtag2015sozialearbeit@gmx.de

24.-25.4.2015 Würzburg. Jahrestagung der DGSA 2015: „Wirkungen Sozialer Arbeit – Potentiale und Grenzen der Evidenzbasierung für die Profession und Disziplin“. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit, Postfach 1129, Schloßstraße 23, 74370 Sersheim, Tel.: 07 042/39 48, E-Mail: dgsa@dgsainfo.de

sondere die Aufgabenbereiche der öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe und deren Vernetzung mit den Gesundheitsämtern, den Schulen, der Polizei und anderen Akteuren. Ein Selbstcheck am Ende jedes Kapitels unterstützt die Reflexion des fachlichen Handelns. Vereinfacht wird die Umsetzung der festgelegten Schritte durch eine beigefügte CD mit Vorlagen und Musterbögen ausgewählter Jugendämter. Bestellanschrift: AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Georgstraße 26, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91-3, Internet: www.afet-ev.de

Mehrgenerationenhaus für schwule Männer in Berlin. Auf eine nunmehr zweijährige erfolgreiche Arbeit blickt das erste Mehrgenerationenhaus für homosexuelle Männer im Berliner Stadtteil Charlottenburg zurück. Das als „Lebensort Vielfalt“ bekannte Haus beherbergt ältere und jüngere Männer sowie einige Frauen unter einem Dach. Die meisten wohnen in eigenen Apartments. Neben einer Beratungsstelle, einem Café-Restaurant als Veranstaltungsort und einer Bibliothek befindet sich in dem Gebäude auch eine Wohngemeinschaft für acht Männer mit Pflegebedarf oder einer Demenzerkrankung, die durch einen 24-Stunden-Pflegedienst rund um die Uhr betreut werden. Die Finanzierung des Projekts erfolgte aus Mitteln der Deutschen Klassenlotterie und der Stiftung Deutsches Hilfswerk, ergänzt durch private und öffentliche Kredite, Spenden und Sponsoring. *Quelle: Paritätischer Rundbrief Dezember 2014*

AUSBILDUNG UND BERUF

Beiratsschulungen der BIVA. Anlässlich des im Oktober 2014 novellierten Wohn- und Teilhabegesetzes in Nordrhein-Westfalen bietet die Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung (BIVA) Schulungen für Bewohnerbeiräte und ehrenamtliche Kräfte an. Vermittelt werden Kenntnisse über die neuen gesetzlichen Bestimmungen sowie Hinweise, wie diese zum Wohl der Bewohnerschaft umgesetzt werden können. Das an alle stationären Einrichtungen gerichtete Angebot ist auf 20 Halbtagsschulungsmaßnahmen und eine Schulungsmaßnahme pro Haus begrenzt. Die Fortbildung findet in der Regel in den Räumlichkeiten der teilnehmenden Institutionen statt. Für Rückfragen steht die Telefonnummer 02 28/90 90 48-0 zur Verfügung. *Quelle: Pressemitteilung der BIVA vom 19.12.2014*

Training zur Teamarbeit. In diesem Jahr bietet die Haufe Akademie in Köln, München, Hamburg und Frankfurt am Main/Sulzbach jeweils dreitägige Einführungen in die gruppendynamischen Grundlagen der Teamarbeit an. Auf dem Programm stehen Themen wie unter anderem die Entwicklung von Teams, die Kommunikation und die Rollengestaltung, die Motivation, Konflikte, die Führung von Teams und die Gestaltung von Feedback-

Prozessen, wobei die Teilnehmenden auch mit Methoden wie der Prozessreflexion, der Fallarbeit und dem Coaching vertraut gemacht werden. Wer sich für das Training interessiert, findet auf der Internetseite www.haufeakademie.de/95.87 weitere Informationen. *Quelle: Nachricht der IOS-Mensch und Organisation vom 1.1.2015*

Schnittstelle Heilpädagogik. Professionalität@Inklusion. Hrsg. BHP Verlag – Berufs- und Fachverbands GmbH. Selbstverlag. Berlin 2014, 182 S., EUR 15,– *DZI-E-0957*

Zur heilpädagogischen Praxis fand im November 2013 eine Fachtagung in Berlin statt, deren Beiträge hier zusammengestellt sind. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung mit dem inklusionsorientierten professionellen Handeln, wobei Inklusion als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet wird, die nur im gemeinsamen Dialog mit Nachbardisziplinen und anderen Berufsgruppen verwirklicht werden kann. Die Beiträge widmen sich der Schnittstelle von Pädagogik und Therapie, der Selbstsorge der Fachkräfte und dem Projekt „Inklusion vor Ort“ der Bonner Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft. Im Übrigen geht es um die Verknüpfung von Elementarpädagogik und Heilpädagogik, um Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen im Sozialverhalten, um Menschen mit einer Demenz und um einen autistischen Jungen bei der Bar Mizwa, mit der im Judentum das Erreichen der Religionsmündigkeit gefeiert wird. Ein Lesungsgespräch mit der Autorin Louise Jacobs und ein Interview mit dem Paralympics-Gewinner Josef Giesen vermitteln authentische Einblicke in das Leben mit einem Handicap. Bestellanschrift: BHP Verlag – Berufs- und Fachverbands GmbH, Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, Internet: www.bhpverlag.de

Fachtag Autonomie und Mündigkeit in der Sozialen Arbeit.

Zum Thema der Autonomie und Mündigkeit in der Sozialen Arbeit findet am 24. April dieses Jahres ein Fachtag an der Fachhochschule Potsdam statt. Im Rahmen von drei Referaten, sieben Workshops und einer Podiumsdiskussion sollen die Mündigkeit der Klientinnen und Klienten, die Entscheidungsfreiheit der Fachkräfte und die Autonomie der Profession thematisiert werden. Auf dem Fachtag wird Gelegenheit sein, Probleme zu benennen und mögliche Lösungsansätze zu entwickeln. Das Angebot richtet sich an Lehrende, Studierende, Praktizierende sowie Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit und anderer Disziplinen. Weitere Informationen stehen auf der Internetseite www.fh-potsdam.de/studieren/sozialwesen. *Quelle: Mitteilung der Fachhochschule Potsdam 01/2015*